

Bezugspreis:

Vom 1. Nov. bis 1. Dez. 1 Billion oder 1 Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 1. Nov. bis 1. Dez. für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Oesterreich, Litauen, Bessarabien 1800 Milliarden, für das übrige Ausland 2000 Milliarden. Postbezugpreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Seinwelt“ und der Beilage „Gedlung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 30. November 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Vertriebsbüro: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Droschkens-Gesellschaft, Postfach 10000

Anzeigenpreise:

Die einseitige Reklameweile 0,70 Goldmark, Reklameweile 2,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das letzte Blatt des Wort 0,20 Goldmark (außer zwei letztgedruckte Blätter), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellengänge das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0,30 Goldmark. Eine Goldmark - ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schließt vor 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Lösung der Regierungskrise.
Mary bildet eine Regierung der Mitte.

Nachdem Abg. Stegerwald dem Reichspräsidenten mitgeteilt hat, daß er die Kabinettsbildung nicht übernehmen könne, diese vielmehr einer „innerpolitisch weniger umstrittenen“ Persönlichkeit übertragen werden müsse, hat der Reichspräsident den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstags, den Abg. Mary, mit der Kabinettsbildung beauftragt. Herr Mary hat den Auftrag angenommen. Er bemüht sich, eine Regierung zu bilden, die sich auf die bürgerlichen Mittelparteien stützt, und hoffte, noch im Laufe des gestrigen Tages damit zustande zu kommen.

Wenn sich diese Hoffnung auch noch nicht erfüllt hat, so ist doch anzunehmen, daß Herr Mary die Bildung der Regierung gelingen wird. Als Außenminister ist Herr Stresemann vorgezogen. Ein Teil der Ressorts dürfte wie bisher besetzt bleiben.

Kurz vor Mitternacht meldet W.Z.B.:

Die Verhandlungen des Abgeordneten Mary über die Kabinettsbildung sind so weit fortgeschritten, daß sie voraussichtlich morgen vormittag zum Abschluß gebracht werden.

Der Regierung Mary, die in Bildung begriffen ist, ist zu wünschen, daß es ihr gelingen möge, die Geschäfte des Reiches so lange zu führen, bis die Durchführung freier Reichstagswahlen im ganzen Reich möglich ist. Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn dieser Zeitpunkt nach Umständen nachgerückt wird. Niemand verteidigt sich darauf, daß die Wahlen erst im Juni vorgenommen werden, vielmehr sprechen starke Gründe dafür, so bald wie möglich einen Reichstag zu schaffen, der vier Jahre der Arbeit vor sich hat und, wenn das Volk recht entscheidet, leistungsfähiger sein kann als der alte, vom Vorfeber des Wahlkampfes geschüttelte. Alles spricht aber dagegen, daß die Wahlen überürzt und ohne genügende Vorbereitung vorgenommen werden. Vorfrage dafür zu treffen, daß im unbesetzten wie im besetzten Reichsgebiet gleichzeitig und frei vom Druck der Militärdiktatur gewählt werden kann, ist eine Aufgabe der inneren wie der äußeren Politik, der sich die neue Regierung mit nachdrücklichem Ernst zuwenden muß.

In der Sozialdemokratischen Partei besteht keine Neigung, die Vorbereitung der Reichstagswahlen zu stören und mit dem alten Reichstag ohne zwingendste Not neue Krisenexperimente zu machen. Eine Krise der Regierung Mary wäre wohl so höchstwahrscheinlich mit Reichstagsauflösung identisch. Sie wird vermieden werden können, wenn Herr Mary bei der Zusammensetzung seines Kabinetts und bei der Führung seiner Politik auf die Tatsache Rücksicht nimmt, daß eine von der Rechten bekämpfte Regierung nur dann existieren kann, wenn sie der sozialdemokratischen Fraktion die Möglichkeit gibt, eine oppositionelle Stellungnahme zu vermeiden.

Der bisherige Vorsitzende der Zentrumsfraktion und voraussichtl. Reichstanzler Mary ist bei der Rechten ebenso unbeliebt, wie er in der sozialdemokratischen Fraktion wegen seiner Befonnenheit, Sachlichkeit und Rechtschaffenheit persönlich geachtet ist. Aber damit ist natürlich noch nicht gesagt, daß er Mißgriffe vermeiden wird, die die sozialdemokratische Fraktion zwingen könnten, einen Appell an die Wähler vorzeitig herbeizuführen.

Eine besondere Schwierigkeit liegt in dem Umstand, daß auf dem Gebiet des Steuer- und Währungsweisen eine rasche Entschcheidung herbeizuführen sein werden, die auf dem normalen Weg der Gesetzgebung nicht herbeizuführen sind. Eine Erneuerung des Ermächtigungsgesetzes wird aber aus dem Kreis der Ermägungen ausscheiden müssen. Denn es ist der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unendlich zuzumuten, daß sie die Rechte der Volksvertretung an eine Regierung delegiert, in der sie gar nicht vertreten ist. Es wird also ein Weg gefunden werden müssen, unter Mitwirkung des Parlaments die notwendigen Entschlüsse mit der Raschheit zu treffen, die die Not des Augenblicks verlangt.

Gelingt das nicht, so bleibt als letztes Auskunftsmitel wieder nur die Auflösung.

Auf die Geschichte der Krise zurückzukommen, wird noch mehrfach Gelegenheit sein. Hierzu sei auch auf die Notizen verwiesen, die weiter unten gegeben werden. Die entscheidende Wendung trat bekanntlich am gestrigen Tage ein, da die bürgerlichen Parteien sich versagten, auch in Preußen, entsprechend der geplanten Kabinettsbildung im Reich und zugleich mit der eine Bürgerblockregierung zu bilden. Der deutschnationale Volksbetrua hat sich in seinem Heftungser nach der „Fruttertrippe“ der Macht gründlich entlarvt. Um in die preussische Verwaltung wieder eindringen und das alte Junkerpreußen wiederherstellen zu können, waren die Deutschnationalen bereit, ihre sämtlichen sogenann-

ten Grundzüge in der Reichspolitik zu verkaufen. Die „Germania“ schreibt dazu:

Sie erklärten, schon ihre Bereitwilligkeit zum Eintritt in die Regierung beweise, daß sie sich auf den Boden der Verfassung stellten; sie erachteten diese zwar reformbedürftig, gaben aber zu, daß eine Aenderung nur auf verfassungsmäßigem Wege möglich sei. Bezüglich des Friedensvertrages gaben die Deutschnationalen zu, daß er rechtsverbindlich sei. Auf alle Fälle bestanden sie nicht darauf, daß er zerrissen werden müsse. Hinsichtlich der Rheinpolitik nahmen sie den Zentrumstandpunkt ein, daß das Reich die besetzten Gebiete nicht in Stich lassen dürfe, und bezüglich der ungesetzmäßigen Verbände erkannten sie an, daß verfassungswidrige Handlungen mit gesetzmäßigen Mitteln bekämpft werden müßten. Schließlich erklärten sie sich einverstanden, daß Stresemann die Außenpolitik als Außenminister in der Hand behalte, daß also auf diesem Gebiete die bisherige Politik weiter verfolgt werden sollte. Mit Recht stelle man im Zentrum fest, daß in dem deutschnationalen Unterhändler (Herrg. Arb. d. „B.“) der deutschnationale Verammlungsredner nicht wiederzuerkennen war. Man fragt sich verwundert, weshalb bei einer solchen Meinung die Deutschnationalen bisher die bekannte übertrieben scharfe Opposition gegen die Regierungspolitik gemacht haben.

Rebenbei: Wenn sich die Deutschnationalen überall, so auch in ihrem unerschämten Brief an den Reichspräsidenten, auf die sogenannte „Rechtsentwicklung“ berufen, so vergessen sie, daß diese Rechtsentwicklung, so weit sie überhaupt vorhanden ist, den Deutschnationalen vielmehr zugute kommt als ihnen. Die Notwendigkeit aber, die Deutschnationalen an die Macht gelangen zu lassen, damit die gleichfalls nur eine kleine Minderheit des Volkes bildenden Deutschnationalen noch frecher als bisher auf den Umsturz hinarbeiten, wird außerhalb des deutschnationalen Lagers nirgends eingesehen werden.

Das nächste Ziel der Deutschnationalen ist vollkommen klar geworden. Sie wollten im Reich und in Preußen eine maßgebende Machtstellung gewinnen, um von da aus die Wahlen in ihrem Sinne und mit ihren erprobten Hausmitteln aus alter Zeit „machen“ zu können. Das ist ihnen vorbeigeglückt, und darum sind sie für den Augenblick recht kleinlaut. Wer nicht will, daß die Republik unter reaktionärer Herrschaft hoffnungslos zerfall preisgegeben wird, daß die alten Herrenrechte wiederhergestellt werden und die Masse des schaffenden Volkes in dauernde drückendste Lohnsklaverei verfallen, der muß mindestens vom heutigen Tage an all sein Denken darauf richten, daß den Erbfeindern der politischen Macht auch bei den nächsten Wahlen das Spiel gründlich verdröhen wird.

Wen hassen und fürchten die Deutschnationalen? Nicht die bürgerlichen Mittelparteien, die sie sich botmäßig zu machen versuchen, nicht die Kommunisten, deren Deklamationen vom „bewaffneten Aufstand“ sie mit Gelächter aufnehmen, sie hassen und fürchten allein die Sozialdemokratische Partei. Nicht das scheinradikale Wortgehöru der Kommunisten, sondern nur eine sachliche, auf dem Boden der Wirklichkeit bleibende Arbeiterpolitik scheint ihnen für ihre Bestrebungen gefährlich. Und so zeigen sie selber denen den Weg, die sie ernstlich bekämpfen wollen.

Reichstagsabgeordneter Geheimrat Justizrat Wilhelm Mary, der Führer der Reichstagsfraktion des Zentrums, ist am 15. Januar 1863 zu Köln geboren. Er ist Jurist und legte nach seinem Studium in Bonn die richterliche Laufbahn in seiner rheinischen Heimat zurück, wo er in seiner Vaterstadt seit 1904 als Sondergerichtsrat und seit 1906 als Oberlandesgerichtsrat wirkte. In gleicher Eigenschaft kam er 1907 nach Düsseldorf. Im Frühjahr d. J. wurde er als Senatspräsident an das Kammergericht zu Berlin berufen. Mary ist alter Zentrumsparlamentarier. Von 1899 bis 1918 vertrat er den Wahlkreis Crefeld-Land im preussischen Abgeordnetenhaus, und von 1910 bis 1918 war er Mitglied des Deutschen Reichstags für den Wahlkreis Wilhelm (Rhein). Der Nationalversammlung und der Preussischen Landesversammlung gehörte Mary ebenfalls an.

Herr Stegerwald verbreitete eine längere Erklärung über seinen mißglückten Versuch einer Kabinettsbildung, in der er u. a. folgendes auseinandersetzt:

Dreierlei sei ihm unmöglich erschienen bei seiner Aufgabe: die Bildung der großen Koalition, die Bildung der Weimarer Koalition und auch die Bildung eines Kabinetts aus freigewählten Mitarbeitern mit eigenem Programm. Ihm seien daher nur zwei Möglichkeiten

geblieben: die Bildung einer Regierung sämtlicher bürgerlichen Parteien, was an der Forderung der Deutschnationalen auf Lösung der großen Koalition in Preußen gescheitert sei. Diese Lösung hielt Stegerwald jedoch aus „sachlichen und politischen Gründen“ für angebracht und notwendig. Die Bildung einer kleinen bürgerlichen Koalition aus Deutscher Volkspartei, Zentrum und Demokraten sei gescheitert, weil er nicht die erforderlichen Mitarbeiter für sich gewonnen und diese Kombination nicht die ausreichende Gewähr für jene feste und zielichere Regierungsbildung geboten habe, die notwendig gewesen sei, weil bei allen Parteien die Geneigtheit bestehe, Wahlpolitik zu betreiben, während die kommende Regierung den Mut zu unpopulärer Politik aufbringen müsse. Eine Blankovollmacht für die Reichstagsauflösung habe ihm der Reichspräsident, gestützt auf die Verfassung, nicht erteilt. So habe er gebeten, eine „in der deutschen Innenpolitik weniger umstrittene Persönlichkeit“ mit der Reichstanzlerschaft zu betrauen.

Der Achtstundentag bleibt Gesetz!

Von Wilhelm Dittmann, ehemalgem Mitglied des Rates der Volksbeauftragten.

Ueber den Rechtszustand bezüglich des Achtstundentages werden völlig falsche Auffassungen verbreitet. Es wird fortgesetzt so dargestellt, als wenn der Achtstundentag in Deutschland auf einer Verordnung des Demobilmachungskommissars vom 23. November 1918 beruht habe und nunmehr mit dem Ablauf der Geltungsdauer dieser Verordnung aufgehoben sei. Eine halbamtliche Mitteilung, die durch die Presse geht, stellt diese Behauptung auf und fügt hinzu, daß jetzt wieder die früheren Beschäftigungsbeschränkungen der Gewerbeordnung in Geltung seien. Das ist absolut falsch.

Der Achtstundentag in Deutschland beruht überhaupt nicht auf einer Demobilmachungsverordnung, sondern auf Gesetz, und die jetzt abgelassene Demobilmachungsanordnung (nicht „Verordnung“) war lediglich eine Ausführungsanweisung auf Grund des Gesetzes. Das Gesetz, das den Achtstundentag eingeführt hat, ist die große „Verordnung mit Gesetzeskraft“, die von dem derzeitigen einzigen Gesetzgeber für das Reich, dem „Rat der Volksbeauftragten“, am 12. November 1918 verkündet und durch das „Uebergangsgesetz“ am 1. März 1919 von der Nationalversammlung ausdrücklich legalisiert worden ist. Die große „Verordnung mit Gesetzeskraft“ vom 12. November 1918 hob den Belagerungszustand, die Zensur, das Hilfsdienstgesetz und die Gefindeordnungen, alle Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts, der freien Meinungsäußerung, der Religionsausübung und der Arbeiterschutzbestimmungen auf, gewährte Amnestie für politische Straftaten, führte die Arbeitslosenunterstützung ein, proklamierte das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Männer und Frauen vom 20. Lebensjahre an für Reich, Staat und Gemeinden und bestimmte ferner wörtlich:

Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximalarbeitslag in Kraft treten.

Die 11 Tage später erlassene Anordnung des Demobilmachungskommissars vom 23. November, die fälschlich als die Grundlage des Achtstundentages ausgegeben worden ist, beruht auf der „Verordnung mit Gesetzeskraft“ vom 12. November 1918. Diese Verordnung der Volksbeauftragten hätte nur von der Nationalversammlung aufgehoben werden können. Das ist aber nicht nur nicht geschehen, sondern die Nationalversammlung hat am 1. März 1919 diese Verordnung mit allen übrigen Verordnungen der Volksbeauftragten ausdrücklich aufrechterhalten. Damals wurde das von den Volksbeauftragten vorgelegte, vom Volksbeauftragten Landsberg eingehend begründete „Uebergangsgesetz“ beraten und angenommen, dessen § 1 folgenden Satz 2 enthält:

In Kraft bleiben auch alle von dem Rate der Volksbeauftragten bisher erlassenen und verkündeten Verordnungen.

Mit diesem Uebergangsgesetz ist der Achtstundentag in Deutschland gesetzlich als „Maximalarbeitslag“ gemäß der Verordnung der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 festgelegt. Die jetzt abgelassene Demobilmachungsverordnung ließ gewisse Ueberschreitungen des Achtstundentages zu. Mit dem Fortfall der Demobilmachungsverordnungen sind auch diese Ueberschreitungen gefallen. Jetzt besteht als Rechtszustand der „schematische“ Achtstundentag als „Maximalarbeitslag“. Das ist der tatsächliche Rechtszustand!

Ärzte und Krankenkassen.

Neue Verordnung des Reichspräsidenten.

Der zur Beilegung des Konfliktes zwischen Krankenkassen und Ärzten für Donnerstag einberufene Reichsausschuss konnte nicht zusammentreten, weil die Vertreter der Ärzte nicht erschienen waren. Anwesend waren nur die Kassenvorstände. Es fanden Besprechungen mit der Regierung statt. Die Kassenvorstände erkennen die Richtlinien des Arbeitsministeriums an.

Der Reichspräsident hat am Donnerstagabend eine neue Verordnung erlassen, nach der die Verordnung vom 30. Oktober über die Krankenhilfe im Sinne der Richtlinien des Arbeitsministeriums geändert wird. Danach sind Kündigungen erst zulässig, wenn sich der Arzt wiederholt wichtiger Verletzungen seiner kassenärztlichen Pflichten schuldig gemacht hat. Außerdem wird die Kündigung erst mit der Entscheidung des Ueberwachungs-ausschusses wirksam. Die Befugnis der Krankenkassenvorstände, Richtlinien für die Ärzte nach Anhören von Sachverständigen festzusetzen, wird aufgehoben. Die anderen in der Verordnung vom 30. Oktober vorgesehenen Befugnisse können nach Errichtung des Ueberwachungs-ausschusses ausgeübt werden.

Die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Krankenkassen erläßt folgenden Aufruf an die krankenversicherte Bevölkerung: „Der Leipziger Ärzteverband hat seine Mitglieder aufgefordert, ab 1. Dezember jede Tätigkeit für die Krankenkassen einzustellen und Kassengeldern nur noch gegen sofortige Barzahlung zu behandeln. Es ist sogar mit der Gefahr zu rechnen, daß stellenweise Ärzte auch die Behandlung gegen Bar ablehnen. Die Verordnung über die Krankenhilfe gibt keinen Grund für solch gefährliches Vorgehen, die Verordnung dringt nur auf notwendige Sparmaßnahmen, um die Krankenversicherung vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren. Unter wichtigen Umständen hat der Leipziger Ärzteverband die Tagung des Reichsausschusses für Ärzte und Krankenkassen vom 29. November verhindert und damit die beabsichtigte Verständigung vereitelt. Die Reichsregierung hält am Inhalt der Verordnung im Sinne der Richtlinien vom 22. November und ihrer Ergänzung vom 26. November fest. Von den Versicherten und ihren Arbeitgebern ermarken die Spitzenverbände, daß sie die bedrohten Krankenkassen in der Abwehr des ihnen grundsätzlich aufzunehmenden Kampfes unterstützen.“

Die Kassenvorstände werden aufgefordert, die Erkrankten vor allem durch ausreichende Sorenschädigung, insbesondere durch Aufwertung des Krankengeldes vor Not zu bewahren und so ihnen möglich zu machen, einweisen sich selbst die notwendige Krankenpflege zu beschaffen.

Die planmäßige Unterwählung der Krankenkassenversicherung durch den Leipziger Verband und andere Kreise gefährdet Lebensnotwendigkeiten der versicherten Bevölkerung. Darum, Versicherte und Arbeitgeber, Augen auf!

Gegen einen Streik der Kassenärzte.

Zu dem von den Ärzteverbänden zum 1. Dezember beschlossenen Streik gegenüber den Krankenkassen teilt das Reichsarbeitsministerium mit: Die Einwendungen der Kassenärzte gegen die rechtliche Gültigkeit der Richtlinien vom 22. November zur Verrechnung über die Krankenhilfe und gegen die im offenen Briefe vom 23. November gegebenen Erläuterungen sind rechtlich haltlos. Nach den Richtlinien ist die Kündigung nur bei wiederholter und schwerwiegender Verletzung eines Kassenarztes zulässig. Von dem Recht zur Kündigung und zur Einsetzung von Ersatzärzten darf der Kassenvorstand erst nach Errichtung des Ueberwachungs-ausschusses Gebrauch machen. Die Anrufung des Reichsausschusses für die Wirkung der Kündigung auf. Das Recht des Reichsarbeitsministeriums, solches anzuordnen, geht aus § 30 der Krankenversicherungsgesetzgebung in der neuen Fassung hervor. Gleichwohl wird eine unmittelbar bevorstehende ergänzende Verordnung eine jeden Zweifel ausschließende Fassung bringen. Damit schwindet auch der Schein eines Grundes für einen Streik der Kassenärzte.“

Von dem Vorstand des Vereins sozialistischer Ärzte Deutschlands geht uns folgende Erklärung zu: Die sozialistischen Ärzte erklären sich mit dem Vorgehen ihrer Berufsgenossen in Berlin und im Reich solidarisch. Unter möglicher Vermeidung jeder Schädigung der Versicherten halten sie es im Einverständnis mit der gesamten Ärztschaft für unzulässig, unter einer Verordnung, wie sie der Erlass der Regierung vom 30. Oktober 1923, der die Ärzte gegenüber den Krankenkassen völlig entrechtet, darzustellen, zu arbeiten. Sie erwarten im Interesse der Versicherten die Aufhebung, zum mindesten die sofortige Suspendierung der Verordnung und fordern, daß den Krankenkassen in Zukunft genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit sie mehr als bisher ihren sozialen und hygienischen Aufgaben im Interesse der arbeitenden Bevölkerung gerecht werden können.

Moorkultivierung in Preußen.

Großzügige Pläne der preussischen Regierung.

Das Preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf zugehen lassen, der vom Landtage die Bewilligung eines Kredites von 2,6 Millionen Goldmark zur beschleunigten Urbarmachung privater Heide- und Moorländer durch den Staat anfordert.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt dazu mit: Es soll in den Regierungsbezirken Danaburg und Stettin damit begonnen werden, größere, 1000—15000 Hektar umfassende Flächen, die nach den natürlichen Wasserabflußverhältnissen abgegrenzt sind, zu einheitlichen Kultivierungsgebieten zusammenzufassen. Die Bewältigung dieser Arbeiten ist natürlich nur bei Verwendung von Kraftgeräten, insbesondere von Dampftraktoren, möglich — ein Verfahren, das durch die erwähnte Zusammenfassung größerer Flächen gegeben ist. Das neue Gesetz ist aber auch insofern interessant, als es neue Wege gegenüber der früheren Dehndkulturpraxis des Staates einschlägt. Während früher davon ausgegangen wurde, daß vor der Anpflanzung solcher Unternehmungen alle zu ihrer Durchführung erforderlichen gesetzlichen und sonstigen Maßnahmen getroffen sein mußten, wobei die wertvolle Zeitpanne bis zur Bildung der Genossenschaft nutzlos verstrich, wird nunmehr so vorgegangen, daß die Ausführung des Planes der Bildung der Bodenverbesserungsgesellschaft vorangeht, und daß diese durch eine staatliche Stelle als vorläufiger Vertreter ersetzt wird. Zunächst werden die Eigentümer der in die Bodenverbesserungsgesellschaft einzubeziehenden Grundstücke zusammenberufen und es wird über Erwerbnis zum sofortigen Beginn der Kultivierungsarbeiten erbeten. Eigentümer, die diese Erwerbnis nicht erteilen oder die Kosten der Kultivierung seinerzeit nicht erstatten wollen, können mit Hilfe des § 3 des Reichsbesiedlungsgesetzes durch das gemeinnützige Siedlungsunternehmen enteignet werden. Sodann wird sofort mit dem Umbruch der Ländereien begonnen und die Kultivierung durchgeführt. Gleichzeitig werden die Verhandlungen zur Bildung der Bodengesellschaft aufgenommen.

Die Kosten der Kultivierung werden zunächst vom Staate vorgezahlt. Ist die Genossenschaft gebildet, so ist mit ihr über die Erstattung dieser Kosten zu verhandeln und ihre Rückzahlung durch

Aufnahme einer werbeständigen Anleihe zu bewirken. Die Betroffenen erhalten ihre Grundstücke nach Durchführung der Kultivierung mit den anteiligen Kosten in der Form von Genossenschaftsaktien besetzt zurück. An die Stelle der Eigentümer, die aus den oben angeführten Gründen enteignet wurden, tritt das gemeinnützige Siedlungsunternehmen in die Genossenschaft ein. Seine zur Genossenschaft gehörenden Grundstücke werden zu einem einheitlichen Siedlungsobjekt zusammengeschlossen und nach der Durchführung der Kultivierung mit Neusiedlern besetzt. Auf diese Weise wird nicht nur Dehnd kultiviert, sondern gleichzeitig auch die Möglichkeit zur Ansetzung zweiter Bauernsöhne in der Heimat geschaffen.

Es versteht sich von selbst, daß nur solche Moor- und Dehndländer in Kultur genommen werden, deren Erträge unbedingt die aufzuwendenden Kosten decken. Die angeforderten Staatsmittel sind hiernach keine verlorenen Zuschüsse, sondern eine Art Vorschusskredit, der nach Durchführung der Kultivierung eines Genossenschaftsgebietes für andere Siedlungsgebiete zur Verfügung steht. Auf diese Weise wird es möglich sein, das Tempo in der Kultivierung der großen zusammenhängenden Moor- und Dehndlandsflächen wesentlich zu beschleunigen.

Ueberstunden im Ruhrbergbau.

Mit Zustimmung der Gewerkschaften.

Am eine baldige Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrbergbau zu ermöglichen und um durch reichlichere und billigere Versorgung der Wirtschaft mit deutscher Steinkohle der Arbeitslosigkeit zu wehren und den Kohlenmangel zu beheben, haben die Vertreter des Zechenverbandes und der Gewerkschaften im Reichsarbeitsministerium die Vereinbarung getroffen, daß im Ruhrbergbau die Arbeiter unter Tage, sowie die mit der Förderung unmittelbarer zusammenhängenden Arbeiter über Tage im Anschluß an die regelmäßige Schicht eine Stunde Mehrarbeit leisten. Für die übrigen Arbeiter über Tage soll in Verbindung mit der Großeisenindustrie baldigst eine Regelung der Arbeitszeit getroffen werden.

Die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer waren darüber einig, daß zur möglichst baldigen Erreichung der Friedensleistung im Kohlenbergbau alle in der Technik, der Organisation und der Arbeitsleistung des Bergbaus möglichen Verbesserungen ohne Verzug durchgeführt werden müssen. Bis zum 1. Februar 1924 werden die Vertreter der Verbände unter Mitwirkung des Reichsarbeits- und des Reichswirtschaftsministeriums erneut zusammentreten, um festzustellen, ob dieses Ziel erreicht ist, oder welche weiteren Mittel etwa zu seiner Erreichung notwendig sind.

Die rheinische Notenbank.

Paris, 29. November. (WZ.) Nach einer Meldung aus Brüssel hatten Ministerpräsident Theunis dem „Binghime Sieck“ zufolge gestern mit Vertretern der Brüsseler Großbanken eine Unterredung über den Plan einer rheinischen Emissionsbank gehabt. Die Organisation dieser Bank und die Befestigung des Statuts sollen heute in einer Konferenz zwischen deutschen, französischen, belgischen, holländischen und wahrscheinlich auch englischen Finanzleuten entweder in Bonn oder in Köln zur Sprache kommen. Das Kapital der Bank würde 6 Millionen Dollar betragen.

Neuer französischer Rechtsbruch.

Französische Spione sollen immun sein!

WZ. meldet: Vor kurzem ist an der deutsch-schweizerischen Grenze auf deutschem Boden bei Singen ein französischer Hauptmann Penardis d'Armont festgenommen worden, der seit mehreren Jahren den französischen Generalkonsulate in Basel zugeweiht ist und von dort aus wirtschaftliche und politische Spionage gegen Deutschland betrieben hat. Auf Grund des umfangreichen Belastungsmaterials hat der Oberstaatsanwalt ein Verfahren gegen d'Armont eingeleitet. Die französische Regierung hat sich für ihren Agenten eingesetzt und unter der den Tatsachen nicht entsprechenden Vorgabe, die Verhaftung sei auf schweizerischem Boden erfolgt, Repräsentanten im besetzten Gebiet (Verhaftungen) angeordnet. Die deutsche Regierung hat hierauf in einer Antwort an die französische Botschaft erwidert, daß auch nach einem Bericht schweizerischer Zollbeamter die Verhaftung auf deutschem Gebiet erfolgt ist. Es wird festgehalten, daß die französische Regierung wieder einmal durch Mißbrauch der ihr in den besetzten Gebieten zu Gebote stehenden Machtmittel die Beeinflussung eines ordentlichen deutschen Gerichtsverfahrens versucht.

Die Franzosen haben nun den Senatspräsidenten Lenzberg vom Oberlandesgericht in Düsseldorf verhaftet. Die deutsche Regierung hat gegen diese Rechtsverletzung protestiert und gefordert, daß Herr Lenzberg sowie andere in dieser Angelegenheit etwa festgenommene Geiseln unverzüglich freigelassen werden.

Das Strafverfahren gegen den französischen Spion wird durch die Gewalttat nicht beeinflusst.

Der Leipziger Zwischenfall.

Trotz deutscher Entschuldigungen Botschafterberatung.

Paris, 29. November. (WZ.) Die Botschafterkonferenz ist heute vormittag um Duval D'Orsan unter dem Vorsitz von Jules Cambon zusammengetreten. Eine amtliche Mitteilung ist nicht ausgegeben worden. Die Konferenz hat sich mit den Leipziger Zwischenfällen beschäftigt, bei denen ein belgischer Offizier und ein französischer Unteroffizier von der internationalen Kontrollkommission durch Reichswehr festgenommen wurden. Die Konferenz wird die Prüfung der Angelegenheit im Laufe einer demnächst abzuhaltenden Sitzung fortsetzen.

Sowohl in Brüssel wie in Paris sind deutsche Entschuldigungen vorgebracht worden.

Haftentlassung Kosi Wolfsteins beschlossen.

Der Landtag beriet gestern Donnerstag zunächst die Frage der Haftentlassung der Abg. Frau Wolfstein (Komm.).

Ausschuss-Belehrerstatler Abg. Meier (Soz.) beantragt, die sofortige Haftentlassung zu fordern, denn selbst wenn Frau Wolfstein an der Demonstration teilgenommen hätte, wäre dieses Verbot nicht so schwerwiegend, daß sie deswegen in Haft behalten werden müßte.

Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) behauptet gegenüber der polizeiamtlichen Darstellung, tatsächlich sei Frau Wolfstein gar nicht in einer Menschenmenge gewesen, sondern mit nur einer einzigen Begleiterin bis an den Polizeidoran an der Schloßbrücke gelangt. Dort habe sie Polizeibeamte wegen der Verhaftung anderer Demonstranten zur Rede gestellt und sei dann selbst trotz der Berufung auf ihre Immunität verhaftet worden. Der Redner erklärt dann, die Kommunisten könnten sich nicht auf den Boden der Unschuld durchsetzen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Minister Seering wies sehr genau, daß die gestern von ihm gezeigten Waffen nicht aus kommunistischen Waffensammlungen stammten; er kenne ihren Ursprung, ihre Bedeutung und Verwendung. Noch in der vorigen Woche sei im Reichswirtschaftsministerium die Verhaftung Seering's beschlossen worden. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Seering werde seinen Kopf auch nicht durch sein Vorgehen gegen die Kommunisten retten können.

Nach einem Schlußwort des Belehrestatlers wird der Antrag auf sofortige Haftentlassung der Abg. Frau Wolfstein gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen.

Nach Ueberweisung einiger kleiner Vorlagen an Ausschüsse beantragt

Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.), heute Freitag alle innerpolitischen Anträge zu beraten. Das Schmeißen des Landtags zur Rheinlandsfrage komme geradezu einer Begünstigung des Separatismus gleich.

Abg. Kay (Komm.) verlangt daselbe. Der Reichsrat habe beschlossen, nur deshalb noch eine Sitzung am Freitag abzuhalten, weil an diesem Tage Diäten ausbezahlt werden. (Hört, hört!) Das sei beschämend für den Landtag. (Gelächter bei der Mehrheit.)

Abg. Schulz-Neudöhlen (Komm.) fordert die schleunige Beratung von Maßnahmen gegen Wucher und gegen die Not des Volkes. Wenn der Landtag in dieser Frage nichts tue, so sei das ein Beweis dafür, daß die Mehrheit dieses Parlaments den Wucherern, Schiebern und sabotierenden Agitatoren verbündet sei. (Ordnungsruf.) Die kommunistischen Anträge werden abgelehnt.

Freitag, 12 Uhr: Kleinere Vorlagen.
Schluß 1 1/2 Uhr.

Kein Bürgerblock in England.

London, 28. November. (WZ.) Sowohl die Liberale wie die konservative Partei dementieren entschieden die Gerüchte über eine Einheitsfront der Liberalen und Konservativen gegen die Arbeiterpartei. Mit diesem Dementi in Uebereinstimmung wurde der liberale Kandidat in Liverpool zusammen mit der Arbeiterpartei zurückgezogen und ebenso der liberale Gegenkandidat des Arbeiterführers MacDonald in Liverpool. Als Gegenleistung sind die Arbeiterpartei in West-Devon und Bridgewater zugunsten der liberalen Kandidaten zurückgetreten. Ueber die Wahlschancen äußerte sich der Gewerkschaftsführer A. H. Thomas dahin, daß die Konservativen eine Mehrheit wohl erringen werden, diese aber nicht genügen werde, den Schutzzoll durchzubrechen, da die 10 bis 20 Freihändler in der konservativen Partei das Übergewicht an der Waage sein werden. — Wie die Arbeiterpartei mitteilt, sind unter den 434 Kandidaten der Partei sechs Kommunisten als offizielle Parteikandidaten aufgestellt. Unter ihnen befindet sich Philipps Price, der Berliner Korrespondent des „Dolm-Herald“. Zwei weitere Kommunisten kandidieren inoffiziell, aber nicht in Opposition zur Arbeiterpartei.

Marshall Pilsudski, der gewesene polnische Staatspräsident und scharfe Gegner der Reaktion, ist schwer erkrankt.

Wirtschaft

Die Aufgaben der Reichsbank.

In der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank hat Vizepräsident v. Glaserapp längere Ausführungen gemacht, über die wir gestern berichtet haben. Der Vizepräsident der Reichsbank verbreitete sich insbesondere über die Situation, die durch die Befreiung der Reichsbank von der Kreditgewährung an das Reich geschaffen worden ist. Großen Wert zu legen schien man auf die Feststellung, daß man die Papiermark wieder zu Ehren bringen wolle, nachdem ihr Umlauf durch den Umlauf in Rentenmark wesentlich eingeschränkt worden kam. Dagegen vermehrte man in den Ausführungen des gegenwärtigen Leiters der Zentralnotenbank Darlegungen über die Vorbereitungen zur Schaffung einer Goldnote, die sich zur dringenden Notwendigkeit wird. Es kommt jetzt darauf an, daß man den Weg der Währungsreform, wie er bereits von dem Genossen Hilferding als Reichsfinanzminister vorgezeichnet wurde, entschlossen zu Ende geht. Die Rentenmark soll nur eine Zwischenlösung sein. Selbiger die Reichsbank zögert, ihrerseits ein Goldzahlungsmittel zu schaffen, desto mehr entgleitet ihr die Herrschaft über eine zentrale Regelung des deutschen Geldwesens. In Hamburg gibt es bereits eine eigene Goldnotenbank, im Rheinland ist eine solche in Bildung begriffen, und es kann nicht ausbleiben, daß derartige Bestrebungen noch weiter um sich greifen, wenn an der Stelle, die für die zentrale Geldversorgung maßgebend ist, noch länger gezögert wird.

Es mag verfrüht erscheinen, wenn man schon jetzt die Forderung nach der Schaffung der Goldnote erhebt. Aber in den ersten Entwürfen, die der Schaffung der Rentenmark vorausgingen, war dieser überhaupt nur eine kurze Lebensdauer von drei bis vier Monaten zugemessen, zum anderen drohen sowohl dem Reich als der Privatwirtschaft viele Gefahren, wenn man den Uebergangszustand zu lange dauern läßt. An dieser Stelle wurde wiederholt betont, daß die beste Stützung der Rentenmark die Schaffung einer Goldnote ist. Dadurch würde das Vertrauen aller Wirtschaftskreise in eine wirkliche Lösung der Währungsfrage gestärkt und die Ausschichten der Rentenmark ebenso wie der Rentenbriefe gefördert.

In privaten Kreisen wehren sich die Stimmen, welche dem Verlangen nach einem Goldzahlungsmittel darin Ausdrück geben, daß sie die gänzliche Freigabe des Devisenverkehrs fordern. Unter anderem hat auch der Landbund eine dahingehende Entschließung gefaßt und seine Mitglieder im Verwaltungsrat der Rentenbank beauftragt, nach dieser Richtung zu wirken. In der Tat würde die Aufrechterhaltung der Devisenverordnung überflüssig, wenn erst einmal ein echtes Goldgeld eingeführt ist. So lange jedoch die Wirtschaft sich mit einem provisorischen Inlandszahlungsmittel wie der Rentenmark behelfen muß, stehen dem die schwersten Bedenken entgegen. Die geringste Kurssetzung der Rentenmark, wie sie z. B. schon jetzt aus dem Rheinland gemeldet wird, würde dazu benützt werden, um Devisen zu hamstern und so eine Spekulation gegen die Rentenmark in ähnlicher Weise einzuleiten, wie sie seinerzeit und noch bis jetzt gegen die Papiermark mit Erfolg durchgeführt wird. Von dem Augenblick an aber, wo es ein deutsches Goldgeld gibt, werden schon wegen der bequemeren Rechnungswiese viele Devisenbesitzer ihre Bestände gegen deutsches Geld austauschen und so den Devisenbestand der Reichsbank stärken.

Es kommt also zunächst darauf an, die Goldnote zu schaffen. Wenn man aber schon die Papiermark wieder zu Ehren bringen will, wie die Reichsbank es beabsichtigt, so muß man mindestens eine Herabnumerierung der Geldzeichen vornehmen. Es ist ein Unsin, wenn eine Rentenmark gleich 1000 000 000 000 Papiermark, ein Rentenpfennig gleich 10 000 000 000 000 Papiermark sein und bleiben sollen. Man könnte eben von der Papiermark zwölf Nullen ab und erhält somit auch für dieses Zahlungsmittel Rechnungseinheiten, mit denen der Verkehr umgehen kann. Es wäre wünschenswert, daß die Reichsbank der Frage einer Denominierung der Papiermark näher tritt, um endlich einmal den Außenmarkt und die überflüssige Schreibarbeit aus unserem Geldwesen herauszubringen.

Eine Anleihe für Notstandsarbeiten in Bayern. Im Ständigen Landtagsauschuss wurde eine Goldmarkanleihe in Höhe von 20 Millionen Mark für produktive Notstandsmassnahmen und Sicherung der Volksernährung genehmigt.

Das Elend der Erwerbslosen und Sozialrentner.

Beamten- und Lehrerkündigungen vor der Stadtverordnetenversammlung.

Die Räte der Zeit beherrschten gestern wieder die Beratungen der Stadtverordnetenversammlung. Das Verlangen nach Maßnahmen zur Bänderung des Elends der Erwerbslosen und Sozialrentner und die zur Erreichung eines Abbaues geplanten und zum Teil schon erfolgten Beamten- und Lehrerkündigungen führten zu lebhaften Debatten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Dörr (Komm.) die Erklärung ab, daß unbeschadet des Vorschlags der Regierung gegen die A.P.D. die kommunistischen Stadtverordneten weiter ihre Pflicht tun würden. Ueber die Verhandlungen des Ausschusses zur Vorbereitung des kommunistischen Antrages auf Maßnahmen zur

Abklärung der Not der Erwerbslosen und Sozialrentner berichtete Genosse Heilmann. Der Ausschuss hat anerkannt, daß der Not entgegen zu werden muß, doch hat sich für die Einzelforderungen des Antrages keine Mehrheit gefunden. Abgelehnt hat die Mehrheit auch die Forderung, Notstandsarbeiten in weitestem Umfang einzurichten. Ein der Stadtverordnetenversammlung vom Ausschuss beschlossener Beschluß erklärt in Erledigung des kommunistischen Antrages, daß der Magistrat alles versucht habe, bei der Reichsregierung Mittel zur Bänderung der Notlage der Erwerbslosen und Sozialrentner zu beschaffen. Der Magistrat müsse aber auch weiterhin energisch darauf bedacht sein, die Unterstützungsfähigkeit den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen und überall, wo es nötig ist, Sonderunterstützungen zu gewähren und für weitere Arbeitsmöglichkeiten und Beschäftigung von Mittellosen die größte Sorge zu tragen. Verzögerungen der Beihilfenauszahlung seien nicht auf ein Verschulden der Stadt, sondern auf unzureichende Bereitstellung der Zahlungsmittel durch die Reichsbank zurückzuführen. — Gabel (Komm.) nannte die Bewilligung des Ausschusses eine Verkündung der Erwerbslosen. So habe man sie gerade zu auf die Straße. Sie würden sich Lebensmittel und Brennstoffe holen, wo sie sie finden. — Genosse Zimmermann wandte sich scharf gegen die Auszahlungsverzögerungen und unterließ die Notwendigkeit der Beihilfenerhöhung. Der Magistrat sei bemüht, Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, z. B. durch Ausführung des Projekts eines Kanals zwischen Damerhisee und Seddinssee. Zur Bänderung des Elends müsse aber auf diesem Gebiet noch sehr viel mehr geschehen. Arbeitsbeschaffung und Massenverpflegung seien fortzusetzen und auszubauen. Zur Ergänzung des Ausschussbeschlusses empfahl unser Redner folgenden von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Antrag: Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, in Anbetracht der Notlage weiler Volksschichten, den Ausbau der Massenverpflegung weiter fortzusetzen. Daneben erwartet die Stadtverordnetenversammlung, daß die projektirten Notstandsarbeiten sofort aufgenommen, weitere projektirt und vorbereitet werden, damit sie in absehbarer Zeit in Angriff genommen werden können. — Stadtkämmerer Rarding machte zu den Auszahlungsverzögerungen die aufsehenerregende Mitteilung, daß neuerdings Schwierigkeiten von der russischen Generalkonsulate gekommen sind. Seit zwei Tagen habe sie keine Deckung für die Checks gehabt, so daß die Stadt zur Zahlung der Erwerbslosenunterstützungen ausshändigt habe. Bis heute habe der Magistrat nicht geküht, ob er morgen die Beamtengehälter und die Erwerbslosenunterstützungen zahlen kann. Erst nach stundenlangen Verhandlungen und nach Anrufung des Wehrereichskommandos sei zu erreichen gewesen, daß die nötigen Beträge in Aussicht gestellt wurden. Die Versammlung nahm den sozialdemokratischen Antrag an und stimmte mit dieser Aenderung dem Ausschussbeschlusse zu.

Die Aenderung der Beherbergungssteuer

ist im Ausschusse so weit getrieben worden, daß Kämmerer Rarding sehr ernste Bedenken wegen der Schmälerung des Ertrags äußerte. Für die nächsten Wochen sei eine schwere Zuspitzung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu erwarten. Da müsse die Stadt nicht nur mit unerträglicher Härte ihre Ausgaben beschränken, sie müsse auch auf Steigerung ihrer Einnahmen bedacht sein. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die Steuer auf 30 Proz. zu bemessen, fand nur die Unterstützung der Linksparteien die Rechte stimmte ihn nieder. Der Ausschussantrag wurde dann angenommen. — Der frühere Amts- und Gemeindevorsteher von Lichtenrade, Herr Dr. Raeth, möchte für seinen Ruhestand eine möglichst behagliche Existenz haben. Ueber die Vorlage auf Abschluß eines Vergleichs mit ihm wurde öffentlich verhandelt. Genosse Kuchensieder schilderte, wie Dr. Raeth vor Ablauf seiner Amtsperiode im voraus wiedergewählt wurde und günstige Gehaltsbedingungen erlangte. Leider hat damals die Aufsichtsbehörde zugestimmt. Dem Vergleich mußte jetzt die Stadtverordnetenversammlung ihre Genehmigung erteilen. — Die Magistratsvorlage betreffend den Verbindungskanal zwischen Damerhisee und Seddinssee wurde in zweiter Lesung angenommen. — Dem im vorigen Jahre eingebrachten Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Erwerb und Bewirtschaftung einer städtischen Druckerei hat der Ausschuss ein Schicksal bereitet, über das in der gestern endlich erfolgten zweiten Lesung die rechtsstehenden Parteien ihre Befriedigung äußerten. Die Abwägung des Antrages entsprach ihren Anschauungen, die jedem kommunalen Betrieb widerstreben. Genosse Hlatow brachte einen geänderten Antrag ein, die in einzelnen Bezirksbezirken schon vorhandenen städtischen Druckereien auszunutzen und gegebenenfalls

eine zentrale Druckerei der Stadt

einzurichten. Dieser Antrag fand nicht nur für seinen ersten Teil eine Mehrheit, sondern drang auch mit seinem zweiten Teil durch, zur großen Ueberraschung der Gegner. Gegen Schluß der Sitzung lief ein von fast allen Parteien (mit Ausnahme der Demokraten) ein einzelner Dringlichkeitsantrag ein, der sich gegen die Papiermarktscheu der Straßenbahngesellschaft richtete. Auch bei ihr, die für ihre Dauerkarten die Annahme von Papiermarktscheu verweigert, sollte der Magistrat die bezügliche Reichsverordnung zur Geltung bringen, forderte der Antrag. Die Demokraten widersprachen der Dringlichkeit, ihre Zahl reichte aber nicht aus. Der Antrag wurde dann ohne Debatte angenommen. Für ihn stimmten die Demokraten nicht.

Du Mond!

Auf dem eiligen Gang durch die nächtliche Stadt peitschte einem der Schmerzen ins Gesicht und eine Stunde später, in den stillen Straßen des östlichen Bezirks, weitete sich ein dunkelblauer Sternenteppich hoch oben. Schwarz drohend stand der Wald, aber durch seine Kronen funkte ein blaues Licht. Ein wenig nur, und der Mond stand rund und glatt über dem Waldrand. Ein Anblick wie oft schon, denn es ist, als ob das sanfte Gesicht aus der Leonen Zeltenstube soeben geboren sei. Und der Mensch, soeben noch angefüllt von dem Nachhall des Lebens der Millionenstadt, steht still und fühlt, wie sich sein übermächtiges Hirn

dem leisen Lächeln des runden Himmelsgehirns dort oben Effnet. Langsam formen die Lippen zwei vertrauliche Worte: „Du Mond!“ Nicht nur die alten, auch die modernen Magier schreien deinem Licht, du Mond, geheime Wirkung zu und wie dem auch sei eins ist gewiß: Man kann nicht in dein Licht sehen und zugleich an Gewalt, Blut und Tod denken. Nun aber sind es schon neun Jahre her, da begann dieser grausame Zweipakt die Seelen der Menschen zu zerflüsten: Die einen gingen durch die stillen Straßen der Heimat und fragten: Wie ist es möglich, daß dieses Licht hier über ein friedfertiges Land scheint und doch zugleich auch über ein Land, in dem der Tod laut und leise würgt?

Und die anderen, die ein graufames Gebot zum Töten zwang, sahen in stillen Sekunden zu dir empor und fragten sich ungläubig: Das ist nun derselbe Mond, der zu derselben Stunde über ein Schlachtfeld geistert und hundert Meilen davon in meine kleine Heimatsstadt scheint? Und beide, den Mann draußen und den Mann dabei, packte unendliche Sehnsucht, den Mond wieder über friedliches Land und friedliche Völker scheinen zu sehen.

Nachzu ein viertausendmal mußte sich, du Mond, dein Licht erneuern, ehe der Menschen Wunsch und Sehnsucht in Erfüllung gieng. Und nun schiffst du wieder über ein Land, in dem der Waffenkrieg ruht. Und der Städter, der dich sieht, steht in der Nacht still und lächelt: „Es ist du Mond!“ Und er fragt sich wieder: Warum muß man beim Mondlicht nur an Friedfertiges denken? Sieht der Mond jetzt nicht auch mit schrägen Blicken in die Höhe, in denen Armut und Not und Gram wohnen? Sieht er nicht zu derselben Stunde auf ein großes Land, in denen Menschen des eigenen Volkes wohnen, die noch immer nicht die Ruhe und den Segen des Friedens haben dürfen? Was bist du Mond all' denen?

Der Mond steht am Himmel! Jagen die Menschen, und die einen denken sich dabei weiter gar nichts, und die anderen denken: Wie schön, wenn man leht ein Mädel im Arm hätte! und die dritten überlegen, daß der Mond eine ausgebrannte Schlacke ist, die nur das Sonnenlicht reflektiert, und die vierten strengen über ihren Hirn darüber an, ob es nicht möglich sein könnte, auf irgend eine Weise auf den Mond zu gelangen, und die fünften quälen sich ab, zu den bereits bestehenden 999 999 Gedächtnis auf den Mond nach das millionste zu fabrizieren, und der sechste überlegt: Wenn der Mond ein großer Silberbarren wäre, und wenn man direkte Verbindung mit dem Mond hätte, dann wäre uns geholfen.

Der Mond ist aber doch wohl nichts anderes als eine immer neue, immer wiederholte sanft dringliche Mahnung an die Menschen zur Stille und zur Güte, aus denen das Verlehen der Not des anderen wächst, und damit auch die Hilfe.

Sage, ist es nicht so, du Mond?

Das warme Zimmer.

Bereitstellung beheizter und erleuchteter Räume in Wilmersdorf.

So groß ist die Not geworden, daß Licht und Wärme in die Winter für viele unerschwingliche Güter geworden sind. Frierend im Dunkeln sitzen zu müssen, ist ein bitteres Los, doppelt schwer zu tragen in dieser hoffnungsarmen Zeit. Das Bezirksamt Wilmersdorf hat sich deshalb die Aufgabe gestellt, die Winterbedürftigen aus der sie bedrohenden frostigen, dunklen Einsamkeit dieses Winters herauszuholen und sie in warmen und lichten Räumen zusammenzuführen. Im ersten Stock der Volksschule 1, Gieselerstraße 1 bis 7, in den Klassenräumen Nr. 56 und 58, in der Volksschule 12, Babelsberger Straße 24, in dem zu ebener Erde gelegenen Wohlfahrtsraum, in der Goetheschule, Westfälische Str. Ecke Münsterische Str., in den im Erdgeschoß belegenen Klassenräumen der Quinta, sowie in einem zu ebener Erde belegenen Raum der Gemeindeschule zu Schmargendorf, Friedrichshaller Straße 13, sind zunächst Räume für alle Licht- und wärmeliehenden Wilmersdörfer vom 1. Dezember ab werktäglich von 5 bis 9 Uhr bereitgestellt. Weitere Schulgebäude werden in Anspruch genommen werden, sobald ein Bedürfnis für eine Erweiterung der Fürsorgemaßnahme vorliegt. Ein aus der Mitte der Wilmersdörfer Bevölkerung gebildeter Ausschuss hat sich die Aufgabe gestellt, den Abenden durch Bereitstellung von Zimmern, Zeitschriften, Büchern, Unterhaltungsspielen, durch kostenlose Vermittlung von Kinovorstellungen u. a. m. ein freundliches und unterhaltendes Gepräge zu geben. Der Rotenbinder, die Wohlfahrtsvereine u. a. m. individuell wie nur irgend möglich auszugestatten, hat das Bezirksamt dadurch Rechnung getragen, daß ein besonderes Dezernat für

Kündigungen von Beamten und Lehrern.

Die Deutschnationalen hielten für nötig, diese Kündigungen dem durch Ortsrat zur Vorbereitung des Beamtenabbaues eingeleiteten Ausschuss zu übertragen. Das Zentrum verlangte, den Beamten die gleiche Behandlung wie den Lehrern zu gewähren. Die Kommunisten forderten, die Lehrerkündigungen zurückzunehmen und neue nicht auszusprechen. Nach Begründung der Anträge durch her-

Die Lofolischer.

Roman von Johan Bojer.

18.
Lars taumelte mit Kanelen dahin, langsam und einflusslos. Er wiegte den Oberkörper hin und her, wie der ältere Kamerad, steckte die Hände in die Taschen und sagte die Mühe auf das Ohr. Dabei aber war ihm zumute wie damals, als er das erstmal über Bord und schwimmen sollte — er ergab sich hier in etwas Gefährliches. Er sah die kleine Ellen Koga wieder vor sich und hörte sie sagen: „Nimm dich in acht, um meinwillen!“

„Wo gehen wir hin?“
„Ach, ich kenn mich aus,“ sagte Kanelen.
Die meisten Häuser und Schuppen lagen in Dunkelheit, wie man sah im Mondschein ein kleines weißes Haus mit kleinen Fenstern, und von dort ertönte Gesang, Choralgesang. Lars blieb unwillkürlich stehen. „Ist hier Anacht?“ — „Dummkopf!“ sagte Kanelen, — das sind nur die Laestadianer. Von der Sekte gibt es hier massenhaft!“

Die frische Luft tat den erigten Köpfen gut, hier draußen war kein Tabakrauch, kein Kaffee- und Branntweindunst, hier war die Frohnacht und das Meer, der Himmel und der Mond. Sie blieben bisweilen stehen, redeten sich und atmeten tief. Aber jetzt übernahm Kanelen die Führung, — es waren hier Häuser, wo er die Kücheneingänge und Hintertreppen zu den Frauenzimmern hinauf kante. „Komm nur, Junge!“

Das war neu, au' regend, fast gefährlich, es war ein ganz unergleichliches Erlebnis für einen sechzehnjährigen Jungen. Wenn nur nicht das Mädel in seinem Innern immer wieder gestöhnte hätte: „Nimm dich in acht, Lars — um meinwillen!“ Er machte es wie Kanelen, schlich im Schatten an der Hauswand entlang und kam an die Küchentür beim Telegraphenvorsteher. Dort war Kanelen schon mit dem Türriegel beschäftigt, leise und vorsichtig, es war nicht das erstmal — er war gewohnt, mit Türschloßern fertig zu werden. Aber da fuhren sie beide zusammen, ein Fenster wurde geöffnet und eine Männerstimme rief: „Zum Teufel, was wollt ihr hier mitten in der Nacht?“

Die beiden Burschen verschwanden um die Ecke. Eine Weile später trabten sie wieder zurück, sie hatten überall Pech gehabt, und wo sie in die Häuser hineinkamen,

war das Nest leer. Es mußte irgendwo etwas los sein, da die Mädchen aus waren.

Und wirklich, sie hörten auf einmal Ziehharmonikaspiel aus einem Speicher, und als sie die Tür öffneten, war da Hochbetrieb, Tanz, Lärm, vier-, fünfhundert Seeleute um zehn, zwölf Mädchen.

Der Mann mit der Ziehharmonika sah auf einem Balken unter der Decke. Hier roch es nach Fischen, Teer, Tran, die Gestirter waren rot vom Trinken und Tanzen. „Hallo!“ rief Kanelen, als er eintrat. Er war wie ein Gummiball, elastisch und sprungbereit.

Aber an der Tür stand ein bartloser, grauhaariger Herr in dickem Rock mit Kragen aus Seehundsfell, Fingerhandschuhen und Stiefeln. Das war der Posthalter, der alte, erste Junggefelte, der niemals lächelte, aber überall da auftauchte, wo Jugend und Leben war.

Die Ziehharmonika spielte eine Melodie nach der anderen, und kein einziges Mädel blieb heute abend sitzen. Wenn einer losließ, so packte eine neue Faust das Mädel und zog sie mit, und wenn sie auch dem Umsinken nahe war, und dabei folgten ihr hundert Augen legerig und warteten, bis die Reihe an sie käme.

„Wenn du heut nacht ein Messer in den Leib haben willst,“ sagte Kanelen, „so kannst du dich an einer Schürze festsaugen.“ Aber im gleichen Augenblick nahm er selber einem Matrosen das Mädel vor der Nase weg, er schnitt dem Burschen eine Grimasse, um ihn noch mehr aufzureizen, und stürzte sich dann mit seiner Beute in das Getümmel hinein. Rein, wie der Kanelen tanzten und mit einem Weibsbild umgehen konnten!

„Da kommen die Langmoer!“ hörte man einen sagen. Und jetzt war es unten an der Tür unruhig, alle blickten dorthin. Da kamen drei große Burschen heringestampft, in hohen Stiefeln, blauen Jacken, mit großen Pelzmützen auf dem Kopf. Zwei waren blond mit einem rötlichen Kinnbart, der dritte aber hatte einen ganz hellen Bart und goldene Ohrringe. Zwei waren auf einem Auge blind. Sie tranken Tabak, sahen sehr lustig aus und schienen nur auf eine Gelegenheit zu warten, um vorzutreten und sagen zu können: „Schert euch zum Teufel! Denn nun kommen wir!“

„Da sind die Großstäväringer,“ sagte ein Nordländer und drückte sich unwillkürlich gegen die Wand.

„Pohtausend,“ sagte Kanelen. Er hatte das Mädel losgelassen und kam zu Lars, „nun kann ich dich nicht allein lassen, Junge, denn jetzt gibt es hier Spaß! Hast du sie gesehen?“

„Ja, ich kenne sie doch von zu Hause.“

„Sie suchen den Mann aus Ranwäring. Wenn es hier nur einen zweiten Ausgang gibt, so daß er sich davonmachen kann!“

Die drei an der Tür hatten die Hände in die Taschen gesteckt, kauften Tabak und spien aus. Wollten sie tanzen oder wollten sie gleich Streit anfangen?

Hier und da kreiste eine Flasche, der Spielmann spielte. Die jungen Weiber waren rot und erhitzt, weil sie von Hand zu Hand gingen und so heiß begehrt waren. Jeder Kerle, der eine Schürze an sich gerissen hatte, legte dahin wie von Raubtieren verfolgt — endlich ein weicher Körper, um den er den Arm legen konnte, Frauenatem vor einem Gesicht, das sonst von Sturm und Schnee gepeitscht wird, der Geruch von Frauenhaar statt Tran, eine weiche Stimme, — jawohl, jetzt kommt nur her und nehmt sie mir — ich habe ein Messer!

„Jetzt haben sie den Ranwäring gesehen!“ sagte Kanelen, der den Jungen nicht zu verlassen wagte.

Lars sah Henrik Langmo an, dem sie voriges Jahr das Auge ausge schlagen hatten. Es war, als versuche diese rote Wunde unter dem Augensid zu sehen — als suche er im Saale einen, mit dem sie etwas abzumachen hatte. Ja, jetzt blieb sie auf einem Punkt hängen. Und das gesunde Auge bligte, obwohl der Mann selber noch immer lächelnd dastand.

Die drei Brüder stekten die Hände tiefer in die Taschen und deuteten nach einem rothaarigen Burschen hinüber, der sich ganz oben im Saal an die Wand gedrückt hatte, wo er sich ganz verborgen wählte. Der eine Langmoer steckte sich eine Pfeife an, Henrik trat einen Schritt vor. Dann kau' er einen Augenblick an seinem Priem und ging dann langsam weiter vor. Die beiden anderen blieben an der Tür, um aufzupassen, daß der Ranwäring nicht entkom.

Die Leute wichen zur Seite und gafften — wo ein Großstäväringer durch wollte, da war auch ein Weg.

Aber es sah aus, als wolle er nur tanzen. Er hatte in dem Getümmel ein Mädel ins Auge gefaßt, das ihm gefiel, und als das Paar an ihm vorüberlief, hieb er dem Burschen auf die Schulter. „Das Mädel gehört mir!“ sagte er freundlich. „Was fällt dir ein!“ raste der andere und schlug nach ihm. Was? Was bedeutete das? Henrik schlug nicht wieder. Was sollte er sich darum kümmern — jetzt tanzte er. Die Leute rissen Mund und Augen auf. Ein Großstäväringer ließ sich ohrfeigen und schlug nicht wieder.

(Fortsetzung folgt.)

Copyright Georg Meiler, München.

